Konferenz und Jugendforum „Internationaler Dialog Deutschland - GUS: Inklusion von Menschen mit Behinderung in die Ausbildungs- und Arbeitswelt“

- PROTOKOLL -

Zeit: Freitag, 8.10. 2010, 10.00-17.30 Uhr
Ort: Düsseldorf, Congress Center, Raum 225 und 201
Veranstalter: INTAMT e.V. (in Kooperation mit der Lebenshilfe Düsseldorf e.V. und der russischen Stiftung für die Umsetzung der UN-Konvention)

INHALT:

Hintergrundinformationen (Die Situation von Menschen mit Behinderung in Deutschland, Russland und Kasachstan) …….. S.2
Konferenz……...S.4
Jugendforum……..S.10

Nachbericht und Fotos unter http://www.intamt.de/index.php/53/articles/377.html
und auf Facebook http://www.facebook.com/home.php?#!/pages/Intamt/154830461193966

Sponsoren: METRO GROUP ZUM HANDELN GESCHAFFEN. MEYRA ORTOPEDIA We move people.

unterstützt durch: Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch | Eine Initiative des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der Freien und Hansestadt Hamburg, der Robert Bosch Stiftung und des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft | Messe Düsseldorf

Landeshauptstadt Düsseldorf | Stadtsparkasse Düsseldorf

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Die "UN-Konvention zur Förderung und zum Schutz der Rechte und Würde von Menschen mit Behinderung" 2006 wurde die "UN-Konvention zur Förderung und zum Schutz der Rechte und Würde von Menschen mit Behinderung" erlassen. Als eines der ersten Länder hat die Bundesrepublik die Konvention unterschrieben (2007) und 2009 auch ratifiziert. Die Russische Föderation und Kasachstan unterschrieben die Konvention jeweils im Jahr 2008. Eine Ratifikation ist in beiden Ländern bisher noch nicht erfolgt. Nach Artikel 24 der Konvention haben Menschen mit Behinderung das gleiche Recht auf Bildung, im Speziellen auf integrative Bildung. In Artikel 27 wird das Recht auf Erwerbstätigkeit und festgeschrieben.

Die Situation in Deutschland

In Deutschland lebten laut Angaben des Statistischen Bundesamtes 2009 rund 8,7 Millionen Menschen mit Behinderung. Bezieht man diese Zahl auf die Gesamtbevölkerung, so ist in Deutschland etwa jeder zehnte Einwohner behindert. 7,1 Millionen davon gelten als schwerbehindert.

Die "UN-Konvention zur Förderung und zum Schutz der Rechte und Würde von Menschen mit Behinderung" wird in Deutschland seit 2009 umgesetzt (Ratifizierung). Die Rechte der Menschen mit Behinderung sind im Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) festgeschrieben. In jeder Legislaturperiode bestellt die Bundesregierung einen Bundesbeauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung. Derzeit hat dieses Ehrenamt Hubert Hüppe (CDU) inne. Nach § 15 des BGG hat er die Aufgabe, darauf hinzuwirken, dass die Verantwortung des Bundes, für gleichwertige Lebensbedingungen für Menschen mit und ohne Behinderungen zu sorgen, in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens erfüllt wird. Innerhalb der Bundesregierung nimmt der Beauftragte Einfluss auf politische Entscheidungen und begleitet aktiv die Gesetzgebung. Neben dem Bundesbeauftragten gibt es in Deutschland auch auf Länderebene Behindertenbeauftragte sowie in vielen Kommunen. In NRW ist es Norbert Killewald (SPD).

In Deutschland wird eine inklusive Bildung angestrebt. Bisher werden jedoch nur 13 Prozent der behinderten Kinder gemeinsam mit nicht behinderten Kindern unterrichtet. Die meisten Behinderten gehen weiterhin auf Sonderschulen bzw. Förderschulen.

Ab über 20 Beschäftigten sind deutsche Unternehmen gesetzlich verpflichtet, 5 % der Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen zur Verfügung zu stellen (§71, SGB 9). Wer dieser Verpflichtung nicht nachkommt muss eine Ausgleichszahlung leisten – bis zu 260 Euro (abhängig von der Gesamtquote von behinderten Beschäftigten) für jeden nicht besetzten Arbeitsplatz. Dieses Geld wird in Deutschland wiederum für die Einrichtung von Arbeitsplätzen für Behinderte verwendet.

Die Situation in Russland und Kasachstan

In der Russischen Föderation sind die Rechte von Menschen mit Behinderung im föderalen Gesetz Nr. 181 „Zum sozialen Schutz der Behinderten in der Russischen Föderation“ (erstes Sozialgesetz der Russischen Föderation) verankert, welches das Recht auf uneingeschränkten Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln, staatlichen Gebäuden, Bildung, Arbeit, Sport und Freizeitaktivitäten sowie das Recht auf die Gründung von Nichtregierungsorganisationen deklariert. Das Gesetz besteht bereits seit 1995, die aktuellste Version wurde 2008 erlassen. Bereits 1993 hatte die Föderation das UN-Rahmenabkommen zur Chancengleichheit von Menschen mit Behinderung unterschrieben.

Somit wird in der russischen Gesetzgebung auf die Bedürfnisse Behinderter Rücksicht genommen, die Realität sieht allerdings oft anders aus. Zwar ist die Zahl von Behindertenrechtsorganisationen, integrativen Schulen und anderen Einrichtungen in den letzten Jahren gewachsen, was allerdings noch fehlt, ist eine breite Akzeptanz und Sensibilität in der russischen Gesellschaft. Barrierefreiheit in öffentlichen Transportmitteln, öffentlichen Gebäuden und am Arbeitsplatz ist selten. Schon allein deswegen sind viele „Invalidy" („Invaliden", umgangssprachlich für Menschen mit Behinderung) in der Russischen Föderation an ihre Wohnung gefesselt oder leben in Heimen.
Weltweit liegt der Anteil der Menschen mit Behinderung an der Gesamtbevölkerung bei rund 10 %. Staatliche Zählungen registrieren für die Russische Föderation über neun Prozent (13,2 Millionen von 142 Millionen), in Deutschland sind es rund 10 Prozent (8 Millionen), in der Republik Kasachstan hingegen unter drei Prozent (390 Tausend von 16 Millionen). Da geistig Behinderte hierbei allerdings nicht berücksichtigt sind, dürfte die reelle Ziffer auch in Kasachstan bei um die 10 Prozent liegen. Behindertenverbände gehen für Kasachstan von einem Minimum von sieben Prozent aus.
Zwischen 30 und 35 % der Menschen mit Behinderung in Russland sind im Berufsalter. Das sind rund vier Millionen, von denen allerdings landesweit nur zwischen 20 und 25% berufstätig sind. Für Betriebe mit über 100 Mitarbeitern gilt eine gesetzlich festgeschriebene Behindertenquote von 2 %. Diese kann allerdings, ähnlich wie in Deutschland, durch eine monatliche Ausgleichzahlung in Höhe des gesetzlichen monatlichen Mindestlohns umgangen werden (Der Mindestlohn liegt in den meisten russischen Regionen bei rund 110 Euro, in Moskau bei 250 Euro). Die meisten russischen Unternehmen machen lieber von diesem Recht Gebrauch, als einen Arbeitsplatz für einen Behinderten einzurichten. Denn für die Einrichtung eines solchen Arbeitsplatzes erhält ein russisches Unternehmen lediglich 30.000 Rubel (ca. 750 Euro) vom Staat, weit weniger als benötigt.
Ähnlich ist die Situation in Kasachstan: Seit 2002 gibt es hier ein Gesetz, welches das Recht auf Schul- und Berufsbildung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung festschreibt. Reell sind jedoch die Möglichkeiten weiterhin begrenzt. Auch in Kasachstan gilt für Betriebe mit über 100 Mitarbeitern eine Behindertenquote von derzeit 3%, die allerdings keine Umsetzung findet, denn Verstöße werden weder durch Ausgleichszahlungen noch durch andere Maßnahmen geahndet.
NGOs, Politiker und Betroffene sowohl in der Russischen Föderation als auch in Kasachstan fordern daher statt einer Quote vielmehr, die Hürden beim Zugang zu Ausbildung und Beruf abzubauen und spezielle Beratungsstellen einzurichten, welche Behinderte vermitteln und auch darüber hinaus betreuen. Schulen und Arbeitgeber müssen beraten, Arbeitsplätze und Bildungseinrichtungen barrierefrei gemacht werden. Und nicht zuletzt geht es natürlich um den Abbau von Vorurteilen. Auch hier sprechen die Zahlen eine klare Sprache: 54 Prozent aller russischer Akademiker mit Behinderung sind arbeitslos, bei Abschlüssen unter Hochschulniveau liegt die Zahl bei sogar 62 Prozent.

INTAMT e.V. will mit seinem Engagement dazu beitragen, die Umsetzung der UN-Konvention in der Russischen Föderation und weiteren Ländern der GUS voranzutreiben und den Austausch mit Deutschland in diesem Bereich zu fördern. Bereits seit 2007 organisiert der Verein daher jährlich eine deutsch-russische Konferenz im Rahmen der REHACARE. In diesem Jahr nahm erstmals auch eine Delegation aus Kasachstan an der Konferenz teil. Weiteres Novum war ein deutsch-russisches Jugendforum.

Protokoll zur Konferenz „Internationaler Dialog Deutschland – GUS: Inklusion von Menschen mit Behinderung in die Ausbildungs- und Arbeitswelt“

Protokoll: Aleksandra Ilina, Diana Püplichhuysen

Die Konferenz „Internationaler Dialog Deutschland – GUS: Inklusion von Menschen mit Behinderung in die Ausbildungs- und Arbeitswelt“, an der rund 90 Fachkräfte des Sozialbereichs, politische Entscheidungsträger und Unternehmensvertreter aus Russland, Deutschland und Kasachstan teilnahmen, zeigte sofort, dass die Diskussion um die Inklusion von Menschen mit Behinderung in Arbeitsmarkt und Bildungssystem international hoch aktuell ist. Dabei verfolgen Deutschland, Russland und Kasachstan ähnliche Ziele und definieren ähnliche Probleme. Die Herangehensweisen können jedoch unterschiedlich ausfallen. Die Inklusion von Behinderten in die Gesellschaft steht in Russland und Kasachstan noch am Anfang. Doch hat sich gerade in den letzten Jahren auch viel getan. Lernen konnte auf der Konferenz jeder von jedem.
Bereits zum dritten Mal in Folge organisierte INTAMT hiermit eine Konferenz zur Inklusion von Behinderten im Rahmen der Messe REHACARE, der weltweit größten Messe für Menschen mit Behinderung. Erstmals fand in diesem Jahr parallel ein deutsch-russisches Jugendforum statt. Konferenz und Jugendforum wurden durch die METRO GROUP und MEYRA-ORTOPEDIA gesponsert und durch die Messe Düsseldorf, die Stadtsparkasse Düsseldorf und die Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch unterstützt.

Eröffnung der Konferenz:
Yuri Nikitin, Geschäftsführer von INTAMT e.V. begrüßte die Teilnehmer und dankte allen Sponsoren und Förderern für deren Unterstützung. Dann übergab er das Wort an den Vorstandsvorsitzenden, Prof. Dr. Eduard Patrik.
Prof. Patrik sprach seinen Respekt gegenüber Menschen mit Behinderung aus, die trotz ihrer schwierigen Lebenssituation optimistisch sind und sich am gesellschaftlichen Leben aktiv beteiligen.
Jewgenij Schmagin, Generalkonsul der Russischen Föderation in Bonn, lud die Konferenzteilnehmer zu Beginn seines Grußwortes ein, die nächste Konferenz zu diesem Thema in Bonn durchzuführen. Schmagin betonte: „Das Thema wird so lange aktuell bleiben, wie es Menschen gibt“, und schob ein Zitat aus „Meister und Margarita“ des russischen Schriftstellers Michail Bulgakow hinterher: „Das Problem besteht nicht darin, dass der Mensch sterblich ist. Das Problem ist, dass der Tod plötzlich kommen kann.“ Mit anderen Worten: Jeder kann in diese Situation gelangen und vom einen Tag auf den anderen behindert werden. Dabei müsse Russland in dieser Hinsicht noch viel tun und viel lernen, so Schmagin. So sei es beispielsweise noch viel zu schwierig, Beamte zu bestrafen, die auf Behindertenparkplätzen parkten, obwohl dies natürlich auch in Russland verboten ist. Und er erinnerte an den Sieg der russischen Mannschaft bei den Paraolympics 2010. „Viele Russen waren stolz darauf“, erinnerte sich der Generalkonsul und ergänzte: „Auch auf alle anderen Menschen mit Behinderung darf und kann man stolz sein. Dann wird sich etwas im Bewusstsein ändern.“
Es folgte ein Grußwort des Gastgebers. Der Geschäftsführer der Messe Düsseldorf, ***Joachim Schäfer***, stellte die REHACARE vor. In diesem Jahr zählte sie rund 800 Aussteller aus 29 Ländern. Schäfer hob hervor, dass diese Messe nicht nur von ihren Exponaten lebe sondern vor allem auch von dem Dialog, „wie auf der heutigen Konferenz.“

Markus Stolz, Leiter Public Affairs der METRO AG, sprach für die METRO GROUP, welche die Konferenz als Sponsor unterstützte. Dabei betonte er die GUS-Orientierung der METRO GROUP, die seit 2001 in Russland sowie auch in der Ukraine und Kasachstan Niederlassungen unterhält. Diese seien alle barrierefrei, so Stolz. Zudem verfolge das Unternehmen das Ziel, Menschen mit Behinderung die gleiche Teilhabe an der Arbeitswelt zu ermöglichen. Ein Ziel und eine Erfahrung, die man auch in die GUS-Ländern übertragen möchte.

Podiumsdiskussion: Darstellung der aktuellen sozialen Integration, Beschäftigungs- und Ausbildungssituation von Menschen mit Behinderung in Deutschland und Russland /Kasachstan
Moderation: Yuri Nikitin, Geschäftsführer INTAMT e.V.

Dr. Eberhard Jüttner, Vorstandsvorsitzender des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, gab einen Überblick über die aktuelle Situation von Menschen mit Behinderung in Deutschland und nannte wichtige statistischen Daten. So leben 7,1 Millionen Menschen in Deutschland, die schwerbehindert sind. Sehr wichtig sei in diesem Kontext die Früherkennung und Frühförderung, am Besten in den ersten drei bis sechs Lebensjahren. Er forderte daher unter anderem mehr integrative Kindertagesstätten zu schaffen.
Der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, ***Hubert Hüppe****,* ging besonders auf die Beschäftigungssituation ein: „Auch Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf soll ermöglicht werden, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt tätig zu sein. Dies ist möglich, wenn man ihre individuellen Bedürfnisse an Unterstützung konsequent in den Mittelpunkt stellt“, so Hüppe. Im Mittelpunkt sollten dabei die Betroffenen selbst stehen, indem sie an der politischen Diskussion beteiligt werden. Außerdem stellte Hüppe gesetzliche Regelungen und arbeitsmarktpolitische Instrumente vor. Dabei forderte er einen Paradigmenwechseln: weg vom Fürsorgeprinzip hin zur selbstbestimmten Teilhabe.
Elli Dolganowa, Abteilungsleiterin im Ministerium für Gesundheit und Soziales der Russischen Föderation, erwähnte, dass nur 25-30 % der Behinderten im Land eine Arbeitsstelle haben. Staatliche Förderprogramme sollen diese Situation verbessern, u.a. das Programm „barierrefreie Umwelt 2011-2015“. Zu ihm gehören Erleichterungen bei der Ausbildung. So sollen Behinderte bei den Aufnahmeprüfungen an russischen Universitäten künftig technische Hilfsmittel benutzen dürfen, ein Assistent darf anwesend sein und es soll mehr Zeit zur Verfügung gestellt werden.
Kairat Imanaliew, Mitglied des Koordinierungsrats für Angelegenheiten der Menschen mit Behinderung der Republik Kasachstan, stellte die aktuelle Situation in seinem Land vor und äußerte seinen Zweifel am derzeitigen Erfolg eines inklusiven Unterrichtsmodells in Kasachstan: „Zum einen sind viele Eltern nicht behinderter Kinder dagegen, dass ihre Kinder zusammen mit Behinderten in einer Schule sind. Auf der anderen Seite befürchten die Eltern behinderter Kinder, dass diese in einer inklusiven Bildungseinrichtung diskriminiert werden.“ Imanaliew berichtete von kasachischen Internaten für Kinder mit Behinderung, die zumeist noch aus der Sowjetzeit stammten. Viele seien noch nicht einmal barrierefrei. Derzeit fassen diese Einrichtungen 100 bis 200 Kinder. Durch eine geplante Reform soll die Anzahl auf 40-50 Kinder pro Internat gesengt werden, die Ausbildung soll als inklusiver Unterricht in die regulären Schulen verlegt werden.

Desweiteren wurde die Ausbildungs- und Arbeitssituation in den russischen Regionen dargestellt:

Beginnend mit der russischen Hauptstadt Moskau, über die *Igor Gordeew*, stellvertretender Leiter des städtischen Departments für soziale Sicherung, referierte. Die Zahl der Behinderten in Moskau bezifferte er mit 10 % bzw. ca. 1,2 Millionen, davon sind ca. 230.000 im arbeitsfähigen Alter, 27.000 Kinder und über 900.000 über 55 Jahre alt. 15.000 Blinde, 6.500 Taube und 7.000 Rollstuhlfahrer seien in Moskau registriert. Zur Inklusion der Menschen mit Behinderung hat die Stadt Moskau 2007-2009 ein institutionsübergreifendes Programm umgesetzt, welches 2010 nochmals verlängert wurde. Das Programm strebt nach einer besseren Inklusion, Barrierefreiheit und Toleranz gegenüber Menschen mit Behinderung unter anderem mit den Schwerpunkten Ausbildung, Gesundheit und Arbeit.
Jewgenij Chanschin, stellvertretender Leiter des Ministeriums für Gesundheit und Soziales des Gebiets Samara, berichtete über die 11 Rehabilitationszentren für Menschen mit Behinderung in der Region. Beispielhaft stellte er das Zentrum „Preodolenie“ (Überwindung) vor, in dem Behinderte im Theater mitspielen, reiten und weiteren Aktivitäten nachgehen.
Yuri Nikitin befragte die Teilnehmer des Podiums abschließend, welches aus ihrer Sicht das Haupthindernis einer erfolgreichen Inklusion sei. Für Hubert Hüppe war es die Trennung zwischen Menschen mit und ohne Behinderung. Und auch Dr. Eberhard Jüttner bemängelte, dass Menschen mit und ohne Behinderung nicht ausreichend zusammen kämen. Elli Dolganowa nannte die negative Konnotation des Begriffs „Behinderung“ als Hauptproblem und Jewgenij Chanschin meinte, dass Behinderte immer waren, sind und sein werden. Die Frage sei, wie man mit dem Problem umgeht und was man für diese Menschen tut. Gordeew sprach von gegenseitigem Respekt. Wichtig sei, wie man miteinander umgeht. Für seinen kasachischen Kollegen Kairat Imanaliew, war das Hindernis dagegen weitaus pragmatischer: „Es fehlt einfach an der nötigen Finanzierung“, betonte er.

Podiumsdiskussion: Durch welche Maßnahmen können die Ausbildungs-möglichkeiten verbessert werden?
Moderation: Prof. Dr. Eduard Patrik, Vorstandvorsitzender INTAMT e.V.

Gleicher Zugang zu einer geeigneten Ausbildung, inklusiver Unterricht, Werkstätten und Sonderschulen: In der zweiten Podiumsdiskussion ging es um ein „ganz entscheidendes Problem“, wie es der Moderator, Professor Eduard Patrik bezeichnete: Förderung und Bildung für Menschen mit Behinderung.
Der Bundestagabgeordnete ***Dr. Ilja Seifert*** (Die Linke) stieg zu diesem Thema mit einer Kritik an der Kategorisierung als „krank“ für Menschen mit Behinderung und „gesund“ für Menschen ohne Behinderung, wie sie die russischen Gesprächsteilnehmer häufig verwendeten, ein. Er bezeichnete die Trennung zwischen gesund und krank als falsch, als Grundlage für ein Schubladendenken: „Wir schaffen viele Sonderschulen, Sonder-einrichtungen und dann sind diese Menschen ‚ausgesondert‘“, so Seifert weiter. Viele Menschen definierten ihren sozialen Wert über die Arbeit. Auch das halte er für falsch. Denn die Arbeit bestimme nicht alles. „Jeder ist wertvoll, egal ob er arbeitet oder nicht und welchen Beruf er hat. Allein, dass wir da sind, ist wichtig genug“, so Seifert.

Auch ***Irina Spitalskaja***, Leiterin der Sonderschule Nr. 7 in Moskau (gegr. 2007), betonte die Bedeutung der Ausbildung für behinderte Menschen. An der „Schule der gleichen Möglichkeiten“ werden Kinder mit körperlichen, geistigen und psychischen Behinderungen unterrichtet. Die inklusive Bildung sei ein Modewort, hinter dem jedoch viel Arbeit und ein langer Prozess stehe, sagte sie. Sie sprach von der „erweiterten Umgebung“ als pädagogischem Konzept: Das Kind soll nicht darauf gelenkt werden, was es kann, sondern, was es will.

Norbert Wichmann vom Deutschen Gewerkschaftsbund, Abteilung Bildung, betonte, dass alle Jugendlichen mit Behinderung in die regulären Bildungseinrichtungen integriert werden sollten. Dieses Ziel sei noch lange nicht erreicht. Wichmann betonte außerdem den Unterschied zwischen „Integration“, die sich auf die Eingliederung der Behinderten in die Welt der Menschen ohne Behinderung konzentriere und „Inklusion“, die sich an wirklich alle Menschen – mit und ohne Behinderung – richtet und ein Zusammenwirken einfordert. Eine individuelle Förderung eines jeden Kindes sei diesbezüglich der richtige Weg, so Wichmann. Statt Lehrpersonal an Sonder- und Förderschulen zu binden, sollte es verstärkt im inklusiven Unterricht eingesetzt werden. Jedem behinderten Jugendlichen solle die Möglichkeit gegeben werden, einen vollwertigen Berufsabschluss zu erlangen.

Wiktorija Jakowlewa berichtete über die Arbeit des „Zentrums für soziale und berufliche Inklusion und Berufsberatung“ in Moskau. Dort werden, vergleichbar mit den deutschen Behindertenwerkstätten, Menschen mit Behinderung in verschiedenen Handwerken geschult, erhalten eine Berufsausbildung zum Koch, Gärtner oder Näher. Eine Inklusion in den regulären Arbeitsmarkt wird jedoch nicht angestrebt. Behindertenwerkstätten sind in der Russischen Föderation noch nicht so verbreitet und ausgestattet wie in Deutschland.

Schanat Omarbekowa, Präsidentin der nationalen Vereinigung „Konföderation der Menschen mit Behinderung Kasachstans“ betonte: „Jeder hat Rechte, doch nicht jeder findet die Rahmenbedingungen vor, in denen er diese Rechte auch wahrnehmen kann.“ Omarbekowa berichtete von ihren eigenen Erfahrungen. Seit einem schweren Unfall vor rund 20 Jahren ist sie in ihrem Bewegungsapparat eingeschränkt. „Damals wurde ich mir selbst überlassen“, erinnerte sie sich. Ihrer Meinung nach sei es der innere Wunsch eines jeden Menschen mit Behinderung, sich nicht „unnütz“ zu fühlen und an der Gesellschaft teilhaben zu können. In Kasachstan bewege sich etwas, doch es gäbe auch noch viel Nachholbedarf. „Wenn wir europäische Erfahrung nutzen, dann können Barrieren eingerissen werden“, schloss Omarbekowa.

Podiumsdiskussion: Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechts-konvention zur Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten.
Moderation: Pegah Edalatian, Projektleiterin INTAMT e.V.

Die Ministerin für Familie und Demographie des Gebiets Kaluga (Russland), ***Swetlana Mednikowa***, stellte die Beschäftigungssituation von Menschen mit Behinderung in ihrer Region vor und nannte Faktoren, welche aus ihrer Sicht die Beschäftigungsquote der Behinderten in den Regionen nach unten drücken: „Diese Menschen haben ein niedriges Selbstwertgefühl, sind krank, nicht konkurrenzfähig und manchmal haben sie gar nicht den Wunsch zu arbeiten.“ Es gebe zudem wenige Ausschreibungen, die für Behinderte überhaupt geeignet seien. Auch finanzielle Probleme seien nicht zu vergessen. Für die Einrichtung eines Arbeitsplatzes für einen Behinderten erhalte ein Unternehmen 30.000

Rubel (ca. 750 Euro) vom russischen Staat. Ein Computer alleine koste jedoch mehr, nicht zu sprechen von weiterer Spezialausrüstung, die eventuell für diesen Arbeitnehmer nötig ist.
Dr. Michael Bader, Geschäftsführer der gemeinnützigen Füngeling Router GmbH, welche durch Projekte die Inklusion von Behinderten in den ersten Arbeitsmarkt fördert, sprach von den Wünschen und Möglichkeiten der behinderten Menschen. „Warum sollen sie in diesen Werkstätten unbedingt stricken?“, so Bader. „Es gibt doch kaum Menschen, die dieser Tätigkeit wirklich aus Interesse heraus nachgehen.“ Die Tätigkeiten sollten den Wünschen und Interessen der Betroffenen angepasst werden. Unternehmen sollten gezielt angesprochen und befragt werden, ob Menschen mit Behinderung bei ihnen arbeiten könnten. Generell forderte er eine individuelle Herangehensweise.
Irina Trifonowa, Ministerin für Soziales des Gebiets Tomsk (Sibirien) forderte Zugang zu Grund-, Mittel- und Hochschulbildung für alle Behinderten. Inklusiver Unterricht sei im Tomsker Gebiet bisher in einer Schule (Schule Nr. 54 in Tomsk) realisiert, zudem seien rund 250 Schwerbehinderte an Tomsker Universitäten eingeschrieben. Die Ausbildung sei eine wichtige Voraussetzung, damit Inklusion von Behinderten überhaupt möglich ist.

Podiumsdiskussion: Die Zusammenarbeit von Vereinen mit staatlichen oder kommunalen Institutionen im Bereich der Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderung.
Moderation: Jekaterina Masetkina, Promotionsstudentin der Heinrich-Heine Universität

Diese Podiumsdiskussion wurde multimedial eingeleitet. ***Wladimir Krupennikow***, Mitglied der Gesellschaftskammer der Russischen Föderation und Vorstandsvorsitzender der Moskauer Vereinigung für Menschen mit Behinderung „Strategie“ zeigte einen Film über ein Wildwasser-Rafting, an dem er selbst als Rollstuhlfahrer teilgenommen hatte.
Die Gesellschaftskammer der Russischen Föderation wurde vor fünf Jahren ins Leben gerufen und hat großen Einfluss im politischen Leben Russlands. Vertreter der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen prüfen hier, inwiefern Gesetze erfüllt werden und beraten bei der Erlassung neuer Gesetze. „Es ist wichtig, dass die Machtinhaber uns – die Menschen mit Behinderung – wahrnehmen“, betonte Krupennikow. Weiter stellte er kurz die Vereinigung für Menschen mit Behinderung „Strategie“ vor. So wurde neulich eine interaktive Karte erstellt, auf der alle barrierefreien Gebäude, Parks und Straßen in Moskau kenntlich gemacht sind (www.barierovnet.org). Jeder kann sich dort anmelden, Kommentare und Anregungen schreiben.
Dr. Helga Seel, die Fachbereichsleiterin Integrationsamt/Hauptfürsorgestelle des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR), stellte den LVR als deutschlandweit größten Leistungsträger für Menschen mit Behinderungen vor, nannte die Fördermöglichkeiten und berichtete von der Zusammenarbeit des Kommunalverbandes mit den Vereinen im Rheinland. Seel betonte die Notwendigkeit eines gemeinsamen Handelns von Städten und Kommunen bei wichtigen Aufgaben der Behindertenarbeit. So könnten Vereine der Behindertenarbeit und deren Projekte besser gefördert werden. Aber auch bei der Einrichtung von Berufsberatungsstellen für Menschen mit Behinderung und der Vermittlung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen trage solch eine Kooperation Früchte.
Seel nannte zudem neue Berufsfelder für Menschen mit Behinderung, wie die „Medizinische Tastuntersucherin“, bei der blinde Frauen ihren verfeinerten Tastsinn bei der Brustkrebs-

Vorsorge einsetzen können. Der Ausbildungsberuf wurde durch das LVR-Integrationsamt gemeinsam mit mehreren Kooperationspartnern im Rahmen des Projekts „Discovering Hands“ entwickelt und ist seit 2007 offiziell anerkannt.
Jewgenij Petscherskich, Vorsitzender der Vereinigung der Rollstuhlfahrer in Samara „Assoziation Desniza“ stimmte seinem Moskauer Kollegen zu: Die Politik habe jetzt ein Ohr für die Probleme der Behinderten, noch vor fünf Jahren sei es ganz anders gewesen. Nun könne seine Vereinigung beim Gesetzeserlass mitwirken und Wünsche äußern. „Am ehesten treten sich die, die Füße ab, die den Fußboden auch putzen müssen“, warf eine russische Zuhörerin ein. Petscherskich nickte zustimmend. Genau deshalb müsse man die Betroffenen stets mit einbeziehen. Petscherskich sprach von einem aus seiner Sicht häufigen Fehler in der Wahrnehmung: Man müsse kein Mitleid haben, sondern solle vom Standpunkt der Gesetze aus verantwortlich mit den Angelegenheiten der Behinderten umgehen. So habe seine Organisation 39 Gesetzänderungen vorgeschlagen. Er schilderte die Situation in der russischen Provinz. Mittlerweile wurden zwar Rampen an Gebäuden errichtet, die seien für Rollstuhlfahrer allerdings völlig ungeeignet. „Sie haben das Geld einfach verschleudert, anstatt die Betroffenen zu fragen“, bedauerte er.

Podiumsdiskussion: Perspektiven internationaler Zusammenarbeit: Chancen und praktische Impulse.
Moderation: Diana Püplichhuysen, Leiterin Kommunikation INTAMT e.V.

Die Möglichkeiten, die Chancen und die Probleme internationaler Kooperationen bei der Inklusion von Behinderten standen in der abschließenden Podiumsdiskussion im Fokus.
Benjamin Spatz, Referent für außerschulischen Austausch bei der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch, berichtete über die Erfahrungen der Stiftung mit deutsch-russischen Jugendprojekten und betonte die Bedeutung „inklusiver Begegnungen“. Von etwa 500 Projekten, welche die Stiftung jährlich fördert würden 5-10 Jugendliche mit Behinderung einbeziehen. Da die Finanzierung von russischer Seite aus nicht stark genug sei, hätten es leider gerade solche Projekte schwer. Denn Eltern behinderter Kinder sind in Russland meist finanziell so schlecht gestellt, dass sie ihren Kindern keinen Austausch finanzieren können.
Der Geschäftsführer der Messe Düsseldorf in Moskau, ***Thomas Stenzel***, wies darauf hin, dass die Messe eine lange Tradition in der Zusammenarbeit mit Russland hat. Aktuell nehme nach seiner Wahrnehmung das Thema „Leben mit Behinderung“ in Russland an Bedeutung zu. So waren beispielsweise auf der diesjährigen Messe CBM im September in Moskau auch Designer, die speziell Mode für Behinderte ausstellten. Die Messe Düsseldorf mit ihrer langjährigen Erfahrung in Organisation und Durchführung der REHACARE könne sich durchaus vorstellen, sich in diesem Bereich auch in Russland zu engagieren.
Yuri Niktin, Geschäftsführer von INTAMT, betonte den Wandel in den GUS-Ländern, welchen der Verein in den fünf Jahren seit seiner Gründung beobachten konnte: „Anfangs waren die Fachleute, die zu unseren Fortbildungen nach Deutschland kamen, von der Ausrüstung in den Organisationen und Betrieben, die sie besuchten, beeindruckt. Mittlerweile hören wir aber immer häufiger ‚ach ja, das haben wir auch‘.“ Die technische Entwicklung ist rasant. „Aber die Entwicklung im Denken, sich öffnen, neue Sichtweisen kennenlernen - das ist ein langer und langsamer Prozess“, betonte er und schloss: „Wir denken, dass wir diesen Prozess mit unserem Programm unterstützen können, indem wir,

wie heute, Fachleute aus den unterschiedlichen Ländern und Mentalitäten zusammenbringen.
Walerij Makarow, Vater eines Kindes mit Cerebralparese und Begründer des Elternratgebers „Leben mit Cerebralparese“ aus Moskau, nutzte die Podiumsdiskussion um persönliche Standpunkte kund zu tun. Er betonte, dass er den Eindruck habe, dass viele Probleme nicht richtig wahrgenommen würden und forderte ein realistisches Bild von den Fähigkeiten, die ein behindertes Kind hat. So könnten Menschen mit Behinderung seines Erachtens gute Dolmetscher oder Rechtsanwälte werden, aber sicher nicht stundenlang am Küchenherd stehen. Aus seiner Sicht läge Russland, was die Lösung all dieser Probleme betrifft, etwa 20 Jahren zurück.
„Auf jeden Fall kann man von jedem Land etwas lernen“, resümierte ***Kairat Imanaliew***, Mitglied des Koordinierungsrats für Angelegenheiten der Menschen mit Behinderung der Republik Kasachstan. Neu für ihn war, dass deutsche Unternehmen mit über 20 Beschäftigten, welche nicht mindestens 5% ihrer Arbeitsplätze mit Menschen mit Behinderungen besetzen, verpflichtet sind, eine Ausgleichszahlung zu leisten. „Bei uns in Kasachstan gibt es für Unternehmen mit über 100 Beschäftigten zwar auch eine Behindertenquote, aber es folgt keine Sanktion, falls diese nicht erfüllt wird“. Die deutsche Regelung sei eine wichtige Anregung.

Protokoll zum Jugendforum „Inklusion von jungen Menschen mit Behinderung in die Ausbildungs- und Arbeitswelt“

Moderation: Pegah Edalatian, Frank Beerbaum
Protokoll: Zura Bazarova

Erstmalig wurde neben der Konferenz auch ein deutsch-russisches Jugendforum veranstaltet, bei dem sich junge Menschen mit und ohne Behinderung aus Deutschland und Russland über die Situation in ihren Ländern, ihre Ideen und Zukunftsvisionen austauschen konnten. Außerdem sollten die Jugendlichen erste Impulse zur Gestaltung einer gesellschaftspolitischen Kampagne erhalten. Die deutsch-russische Kampagne zur Inklusion von jungen Menschen in die Ausbildungs- und Arbeitswelt wird über einen Zeitraum von einem Jahr von den Jugendlichen unterstützt durch Grafik- und Mediendesigner gemeinsam erstellt und schließlich über die Social Networks verbreitet. Im Rahmen dieses Projekts sind insgesamt drei Jugendbegegnungen in Deutschland und Russland geplant, die erste fand vom 6.10.-10.10. in Düsseldorf statt. Das Jugendforum war ein wichtiges Element dieser Begegnung. Am Jugendforum nahmen insgesamt 17 Jugendliche teil. Es fand parallel zum zweiten Teil der Konferenz von 14.30 bis 17.30 Uhr statt.

ERÖFFNUNG
Prof. Dr. Eduard Patrik, Vorstandvorsitzender INTAMT e.V.
In seiner Begrüßung betonte der Vorstandsvorsitzende von INTAMT, Professor Dr.-Ing. Eduard Patrik, übergreifendes Ziel sowohl der internationalen Konferenz als auch des

Jugendforums sei es, Stereotypen, die über Menschen mit Behinderung in den Köpfen vorherrschten, abzubauen und Lösungen zur Gestaltung eines barrierefreien Lebens zu erarbeiten.
Was den Abbau von Vorurteilen betrifft, so wandte sich Patrik mit Nachdruck an die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Jugendforums, denn nur die Jugend könne die Gesellschaft nachhaltig verändern. Die Jugend sei die Zukunft. „Umso mehr freuen wir uns über solch eine zahlreiche und rege Teilnahme von Jugendlichen sowohl aus Russland als auch aus Deutschland“, schloss Prof. Patrik.
Von der deutsch-russischen Kampagne zur Inklusion von jungen Menschen mit Behinderung in die Ausbildungs- und Arbeitswelt verspreche er sich, dass Sie helfen werde, Barrieren in den Köpfen in beiden Ländern abzubauen und einen Ideenaustausch anzuregen - zu Themen wie der Situation der Menschen mit Behinderung auf dem Arbeitsmarkt und einer Erleichterung ihres Alltags generell.
An die Teilnehmer gerichtet betonte Prof. Patrik: „Sie werden heute neue Ideen und Anregungen sammeln und diese aus Ihrer Lebensperspektive heraus beurteilen. Das Projekt wird hiervon zweifelsfrei profitieren. Seien sie kreativ. Gehen Sie an die Sachen angstfrei heran. Schlagen Sie alternative Wege ein!“

WORKSHOP „Gestaltung einer internationalen gesellschaftpolitischen Kampagne“
Referent: Mitja Eichhorn, Kommunikationsdesigner, Inhaber Agentur ZWO
(Die Präsentation ist veröffentlicht auf: www.kampagne-im-internet.agenturzwo.de)

Der Referent konfrontierte die Teilnehmer zunächst mit grundlegenden Fragen:

- Was ist eine politische Kampagne?
- Wie kann man eine Idee nach vorne bringen?
- Warum werden Kampagnen gemacht?
- Wie werden Kampagnen gemacht?

"Die Kampagne ist eine zeitlich befristete, thematisch begrenzte, dramaturgisch angelegte, multimedial operierende besondere Kommunikationsanstrengung, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen" (WIKIPEDIA).
Mitja Eichhorn betonte, dass die Gesellschaft heute viel komplexer und vielschichtiger sei als früher und es daher sehr viel schwieriger ist, alleine zu agieren. Grund einer Kampagne ist: Es gibt ein Ziel und man kann es alleine nicht erreichen. Das Minimalziel einer Kampagne sei es, Aufmerksamkeit zu erreichen, so Eichhorn.
Das wichtigste dabei sei die Motivation. „Oft misslingen Kampagnen, weil die Beteiligten sie nicht wirklich wollten“, betonte der Referent. Bei der Entwicklung von Kampagnen empfahl er, auf eine Gegenüberstellung „wir gut – die schlecht“ zu verzichten und stattdessen die Stärken und Schwächen der eigenen Kampagne, die Zielgruppe sowie Argumente für die eigene Message herauszustellen.

Als wichtigste Komponenten einer Kampagne definierte er:

- **Konzept** *Zielgruppen*
- **Strategie** *Verlauf*
- **Gesicht** *Sie (die Kampagne) muss erkannt werden*
- **Stimme** *Jemand, der die Idee nach Außen trägt*

- **Beine** *Muss überall ankommen*

Dabei solle die Kampagnenarbeit folgendermaßen aussehen:

- **» Planen**
- Keine Rockband geht auf die Bühne ohne sich vorzubereiten.
- **» Ziel bestimmen**
- Brauchen wir das Ziel wirklich? Wer braucht das Ziel noch?
- **» Strategie entwickeln**
- Welche Botschaft?
- **» Verbündete ansprechen**
- Das ist das Wichtigste!
- **» Ablauf organisieren**
- Den kompletten Ablauf kann man nicht organisieren...
- Denkpausen / „Reflexive Stopps“ sind wichtig, selbstkritisch bleiben
- **» Das Ende bedenken**
- muss beendet werden! keine „Selbstauflösung“!

Der Referent verwies auf die Homepage www.orka-web.de. Diese Homepage bietet Hilfestellungen für junge Politiker, die eine politische Kampagne planen.

Desweiteren umriss Eichhorn, was man benötige, um eine Kampagne zu starten. Früher musste man ein guter Redner sein, Charisma haben und Sympathie aufbauen. Heute reiche das nicht mehr aus, so Eichhorn. Die Information müsse darüber hinaus entsprechend gestreut werden. Dabei spiele das Internet eine entscheidende Rolle.
Aufgrund der Komplexität und Vielschichtigkeit der modernen Gesellschaft ist es heutzutage sehr schwierig, Ideen in jeder Schicht zu realisieren. Im Internet hingegen sind alle gleich. Alle haben die gleiche Stimme und gleiche Chancen. Man ist mit jedem verbunden. Als Beispiel nannte der Referent die Wahl-Kampagne von Barack Obama bei der drei Marketinginstrumente zum Einsatz kamen: ***Viral Marketing, Flash Mob und Grassroot.***
Virales Marketing (auch Viralmarketing oder manchmal Virusmarketing) ist eine Marketingform, die soziale Netzwerke und Medien nutzt, um mit einer meist ungewöhnlichen oder hintergründigen Nachricht auf eine Marke, ein Produkt oder eine Kampagne aufmerksam zu machen. Der Term „viral“ besagt, dass Informationen über ein Produkt oder eine Dienstleistung innerhalb kürzester Zeit gleich einem biologischen Virus von Mensch zu Mensch weitergetragen werde.
Der Begriff Flashmob (englisch: Flash mob; *flash* = Blitz; *mob* von *mobilis* beweglich) bezeichnet einen kurzen, scheinbar spontanen Menschenauflauf auf öffentlichen oder halböffentlichen Plätzen, bei denen sich die Teilnehmer üblicherweise persönlich nicht kennen und ungewöhnliche Dinge tun. Flashmobs werden über Online-Communitys, Weblogs, Newsgroups, E-Mail-Kettenbriefe oder per Mobiltelefon organisiert.
Mit Grassroot (dt. **Graswurzelbewegung)** wird im deutschsprachigen Raum eine politische oder gesellschaftliche Initiative bezeichnet, die aus der Basis der Bevölkerung entsteht.
Das Internet hat eine große Bedeutung für die „Graswurzelorganisierung” von Interessen, da es gerade für Ideen außerhalb des Mainstreams eine kostengünstige Plattform bietet, zum Beispiel in Form von sozialer Software.

Was tun andere?
Es wurden bereits zahlreiche Kampagnen für die Menschen mit Behinderung realisiert, die als Vorbild bzw. Anregung dienen können. Als Beispiel stellte der Referent eine Kampagne mit Aimee Mullins vor. Aimee Mullins ist eine US-amerikanische körperlich behinderte Leichtathletin und Schauspielerin, die auch als Laufsteg- und Fotomodell arbeitet.
Ihre Fotos (z.B. Braut mit Beinprothesen), Videos (*u.a. in Cremaster 3 von Matthew Barney)* und Modeauftritte haben bereits für heftige Kontroversen und Diskussionen gesorgt.

Danach berichtete Eichhorn über die Kommunikationsmöglichkeiten von **Web 2.0**. Hatten die Nutzer in den Anfangszeiten des Internet (Web 1.0) lediglich eine passive Nutzerfunktion, so können sie heute auch zum „Sender“ werden durch ***Blogs*** und ***Podcasts***, Plattformen wie ***YouTube, Flickr*** und ***Twitter*** oder die Social Communities wie ***Facebook*** (540 Millionen User), ***StudiVZ*** und ***MySpace***.

Der Referent betonte, dass es wichtig sei, bei einer Kampagne alle diese Möglichkeiten von Web 2.0. zu nutzen. Er verwies dabei auf Schlüsselwörter wie Information, Kommunikation, News, Videos. All das benötige man um eine Zielgruppe zu erreichen.

WORKSHOP „Visuelle Mittel zur Förderung sozialer Projekte“
Referent: Prof. Dr. Dieter Hilbig, Dekan a. D. des Fachbereiches Design an der FH Dortmund

Prof. Dr. Hilbig, Dekan a.D. des Fachbereichs Design, ist mit der gestalterischen Leitung der deutsch-russischen Kampagne zur Inklusion von jungen Menschen mit Behinderung in die Ausbildungs- und Arbeitswelt betraut und war am Jugendforum anwesend, um mit den Teilnehmern zu organisieren, wer die Kampagne graphisch entwickelt und wie die Kommunikation mit den übrigen Projektteilnehmern und – teilnehmerinnen in der Entwicklungsphase ablaufen soll. Insgesamt werden 4 Grafikdesignstudenten – 2 aus Moskau (nahmen am Jugendforum teil), 2 aus Dortmund (werden von Prof. Hilbig ausgewählt) – die Kampagne grafisch umsetzen. Die übrigen Teilnehmer des Projekts werden thematisch mitwirken und bleiben mit den Designern während der gesamten Entwicklungsphase über Skype und Facebook in Kontakt.